

FBP für Generationenlösungen

Standpunkt FBP-Präsident Rainer Gopp zum Abstimmungsergebnis zur Franchisbefreiung für Rentner/-innen und zu aktuellen Projekten.

Die Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP) wurde weniger vom Ja, aber doch von dessen Deutlichkeit überrascht. Die Höhe des Ergebnisses kann unterschiedliche Gründe haben, dies wird die Nachwahlanalyse zeigen. Gerade im Zusammenhang mit der Entwicklung der Renten gilt es nun zu analysieren, was aufgrund der Entscheidung des letzten Wochenendes noch zielgerichtet initiiert werden muss. Der Landtag wird sich dazu in Kürze bspw. anhand einer Initiative von Johannes Kaiser und Manfred Kaufmann mit dieser und ähnlichen Fragestellungen auseinandersetzen. Dem FBP-Präsidium ist es wichtig Lösungen zu finden, bei welchen keine Generationenkonflikte entstehen und welche gerade in puncto Finanzierbarkeit für nächste Generationen zielgerichtet sind und nicht «nur» Geld ausgegeben wird.

Union möchte wohl noch mehr ausgeben

Die FBP ist hier verantwortungsbewusst unterwegs, hingegen war für die VU scheinbar bereits am Sonntag nach der Abstimmung klar,



Der Präsident der Fortschrittlichen Bürgerpartei, Rainer Gopp. (Foto: Nils Vollmar)

dass sie für weitere Massnahmen noch mehr Geld ausgeben möchte.

Im Gegensatz zur VU sind wir für eine seriöse Datenevaluation und

für fundierte Konzepte. Nur mit fundierten Unterlagen können zielgerichtete Strategien, auch im Sozialbereich, initiiert werden. Sozialminister Manuel Frick wird hierzu die benötigten Daten und Konzepte zeitgerecht liefern, damit die richtigen, zielgerichteten Massnahmen angegangen werden können.

Lenkt VU von sich ab?

Die VU weiss, dass ganzheitliche Konzepte und Strategien nicht von heute auf morgen aus dem Hut gezaubert werden können. Dies ist in der Privatwirtschaft so und ist auch beim Staat nicht anders. Dennoch versucht die VU-Leitung zum wiederholten Male mit fadenscheinigen Argumenten aufs Tempo zu drücken. Die Termine sind aber allen bekannt, auch der VU.

Die VU-Regierungsräte hatten in der letzten Legislatur reihenweise Pendenzen auf dem Tisch, die am Ende der Legislatur liegen blieben. So musste beispielsweise Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni solche liegen gelassenen Dossiers wie z. B. Lösungen fürs Malbun, im Bereich Wald und Wild oder auch hinsichtlich der Hochspannungsleitungen in Balzers übernehmen. Diese und andere Pendenzen wurden sogleich angegangen und einer Lösung zugeführt. Das ist verlässliche Politik. Lenkt also die VU-Leitung von eigenen Versäumnissen ab?

Rainer Gopp,
FBP-Präsident